



Pressemitteilung

Nr. 04

München, 28.01.2014

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e. V.

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@blv.de
www.blv.de

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

BLLV kritisiert unüberschaubaren Staatshaushalt

Die Argumente, mit denen die Streichung von über 800 Lehrerstellen begründet werden, sind für Präsident Wenzel nicht nachvollziehbar / „Das Bildungswesen ist unterfinanziert“

München - Mit scharfer Kritik hat der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, auf die Diskussion um die am Wochenende bekannt gewordenen Pläne der Staatsregierung reagiert, über 800 Lehrerstellen zu streichen: „Es ist eine Zumutung, wie hier agiert und argumentiert wird.“ Die zum Teil kaum noch nachvollziehbaren Aussagen und Begründungen, die aus der Staatsregierung auf Nachfrage des BLLV geliefert würden, zeigten in erschreckender Weise, wie unüberschaubar und intransparent der Haushalt insgesamt sei und wie wenig nachvollziehbar die damit verbundenen politische Entscheidungen seien. „Bislang hat mir noch niemand erklären können, wie es sich mit den Stellenstreichungen tatsächlich verhält“, kritisierte Wenzel. Die letzten Tage hätten vor allem aber eines deutlich gemacht: Das bayerische Schul- und Bildungswesen ist unterfinanziert. Es fehlt an allen Ecken und Enden.“

Wenzel bezieht sich in seiner Kritik auch auf die Argumentation der Bayerischen Staatsregierung, wonach die zur Diskussion stehenden Stellen dem Bildungssystem erhalten bleiben sollen. Angeblich sollen von den gestrichenen Lehrerstellen etwa 300 Planstellen dem Wissenschaftsministerium zur Verfügung gestellt werden.

„So sehr ich den Universitäten zusätzliche Stellen gönne, so tragisch ist die Situation für die Schulen, die nun die von der Staatsregierung gesetzten Ziele wie die Umsetzung der Inklusion, den Ausbau der Ganztagschulen und die individuelle Förderung von Schülern ohne ausreichendes Personal umsetzen sollen und scheitern müssen.“

Die Forderung des BLLV laute: „Einen deutlichen Zuschlag beim Nachtragshaushalt und ab dem nächsten Doppelhaushalt jedes Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich für Bildung.“ ♦